**WDR 5 Politikum**

**Thema:** Kommentar Freihandelsabkommen

**Sendedatum:** 16.1.2014

**AutorIn:** Tanja Busse

**Für die Anmoderation:** Seit mehr als zwanzig Jahren gibt es die Idee eines transatlantischen Freihandelsabkommens.

 Seit gut einem Jahr verhandeln nun die Unterhändler der EU und der USA - im Geheimen.

 Bloß was heisst geheim in Zeiten des NSA-Skandals?

 Geheim vor allem für die Bürger der EU und der USA, die nicht wissen, was da in ihrem Namen verhandelt wird.

**Manuskript**

Der Chef-Verhandler der EU beim Freihandelsabkommen, hat im Juli 2013 einen Brief an seinen Kollegen in den USA geschrieben. Darin erklärt er, dass die EU das Prinzip der Transparenz sehr hoch halte, aber beim Umgang mit den Verhandlungsdokumenten ein bestimmtes Niveau an Diskretion nötig sei, um das gegenseitige Vertrauen der Verhandler nicht zu gefährden.[[1]](#footnote-1) Im Klartext: Die EU und die USA verhandeln im Geheimen.

Was für eine absurde Situation! Denn spätestens seit wir wissen, dass der amerikanische Geheimdienst NSA selbst das Handy der Kanzlerin ausspioniert, können wir wohl auch davon ausgehen, dass sich die Amerikaner auch im Fall des Freihandelsabkommens ausreichend über die EU-Positionen informiert haben, um gut gerüstet in die Verhandlungen zu gehen. Sie dürften also wissen, welche Ziele die EU-Kommission erreichen will und welche taktischen Manöver sie plant.

Dennoch wird weiter offiziell "im Geheimen" verhandelt.

Rund 500 Millionen Europäer und 300 Millionen US-Amerikaner wissen also nicht, was da in ihrem Namen verhandelt und entschieden wird. Die USA erlauben, die Nachkommen von geklonten Tieren zu schlachten und zu verzehren, sie erlauben, Fleisch von Schweinen, die mit Wachstumshormonen gedopt wurden, in den Handel zu bringen, und sie erlauben genmanipulierte Pflanzen auf dem Acker und im Essen - ohne Kennzeichnung.

Das alles ist in Europa verboten.

In den USA wiederum gibt es schärfere Prüfungen für Medikamente und strengere Regeln für riskante Finanzprodukte.

Beim Freihandelsabkommen soll es um die gegenseitige Anerkennung von Standards gehen und Kritiker auf beiden Seiten des Atlantiks befürchten, dass sich also das jeweils niedrigere Niveau durchsetzen wird.

Bekommen wir Europäer also bald Chlorhühnchen, Klonfleisch und Genmais auf den Tisch?

Die EU-Kommission verneint das.

Aber warum wird dann überhaupt darüber verhandelt?

Der grüne Europapolitiker Martin Häusling fordert, den Bereich Landwirtschaft aus den Verhandlungen auszuklammern. Das aber will die EU-Kommission auch nicht.

Martin Häusling hat kritische Organisationen um eine Einschätzung zum Abkommen gebeten und zu einer Tagung nach Berlin eingeladen. Die lobby-kritische Organisation CEO berichtet, dass sich die EU-Kommission "ganze 119 Mal hinter verschlossenen Türen mit VertreterInnen großer Konzerne und ihren Lobbygruppen getroffen habe - und nur ein paar Mal mit Gewerkschaften und Verbraucherschützerinnen." CEO folgert daraus:

"Die EU folgt beim Freihandelsabkommen den Wünschen transnationaler Konzerne." Und: "Mit ihrer Geheimniskrämerei will sie Widerstand verhindern."

Worüber in der Öffentlichkeit nämlich kaum gesprochen wird, ist der geplante Investitionsschutz, der ins Freihandelsabkommen integriert werden soll: Investoren aus dem Ausland sollen vor Gewinnverlusten durch staatliche Regelungen geschützt werden. Im schlimmsten Fall könnte damit ein amerikanischer Rindfleischexporteur gegen ein EU-Land klagen, das regionale Erzeuger fördern oder Umweltstandards anheben möchte. Und das nicht etwa vor einem europäischen oder amerikanischen Gericht, sondern vor einem eigens zu schaffenden Schiedsgericht.

Das bedeutet, das Freihandelsabkommen könnte - in vorauseilendem Gehorsam den großen Konzernen gegenüber - die Möglichkeiten für zukünftige Politikgestaltung einschränken. Der freie Handel würde mißbraucht, um das Primat der Politik auszuhebeln. Ein Wolf im Schafspelz.

Die EU-Kommission könnte solche Bedenken schnell ausräumen, wenn sie sagen würden, worüber sie genau für die Bürger in Europa verhandlen will - und warum.

1. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/july/tradoc\_151621.pdf [↑](#footnote-ref-1)